

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 92 (1998)
Heft: 10

Nachwort: Menschenrechte und Schuldenstreichungen : zur Notwendigkeit internationaler Regulierungen
Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus befreundeten Vereinigungen

20 Jahre Aktion Finanzplatz Schweiz

Sie erinnern sich vielleicht: Im Kontext der *Bankeninitiative* wurde die Aktion Finanzplatz Schweiz gegründet, um die Problematik der Kapitalflucht aus der sogenannten Dritten Welt auf Schweizer Banken stärker in die damalige Diskussion einzubringen. Die Bankeninitiative scheiterte. Dennoch hat sich seither in bezug auf den Finanzplatz Schweiz einiges verändert. Zum einen wurden verschiedene Gesetze geschaffen, etwa das Rechtshilfe- oder das Geldwäschereigesetz. Zum andern sind heute angesichts des Drucks von aussen mindestens zum Teil kritische Auseinandersetzungen über den Finanzplatz Schweiz möglich, wie sie noch während der Bankeninitiative nicht denkbar gewesen wären.

Trotzdem: Die schweizerische Finanzplatz-Politik bleibt ein «hartes Pflaster». Dies zeigt sich unter anderem im Bereich der *Rechtshilfe*. Nicht nur sind hier die rechtlichen Grundlagen nach wie vor mangelhaft, wenn es um eine ernsthafte Bekämpfung der Kapitalflucht in die Schweiz gehen soll. Anhand konkreter Fälle wie etwa der *Marcos-* oder der *Mobutu-Gelder* auf Schweizer Bankkonten wird deutlich, dass es allzu oft auch am politischen Willen fehlt, die bestehenden Gesetze durchzusetzen.

Aus diesem Grund setzt die Aktion Finanzplatz Schweiz auch nach zwanzig Jahren noch keinen Schlusspunkt hinter ihre Arbeit. Im Ge-

genteil: Solange wir auf dem Anspruch beharren, dass die schweizerische Aussenpolitik und insbesondere die Finanzplatz-Politik *demokratische Prinzipien* ebenso wie die *Menschenrechte* respektieren soll, solange wird kontinuierliches und beharrliches Engagement in Form von Öffentlichkeits-, Kampagnen- und Lobbyarbeit nötig sein.

Die Erfahrung im anderen Schwerpunktbereich der Aktion Finanzplatz Schweiz, nämlich der *Verschuldung der Länder des Südens*, zeigt aber auch, dass dieser Anspruch selbst schon eine Herausforderung darstellt. In den letzten Jahren ist die einstige Forderung nach umfassenden Schuldenstreichungen immer mehr technisch-ökonomischen Schuldendebatten in ExpertInnen-Kreisen gewichen. Vor diesem Hintergrund leistet «sich» die Aktion Finanzplatz Schweiz zum Zwanzigsten eine brisante Tagung.

Übrigens: Die Aktion Finanzplatz Schweiz lebt trotz Hochkonjunktur bezüglich Arbeitsanfall in permanenter Geldknappheit. Mit einem *Abonnement* unserer Finanzplatz-Informationen FPI (Fr. 30.–/Jahr), mit Ihrer *Mitgliedschaft* (Fr. 40.–/Jahr inkl. FPI-Abo) oder einer *Jubiläumsspende* auf das Postkonto 80-38012-4 können Sie uns unterstützen. Wir freuen uns auf jegliche «Geburtstags»-Grüsse!

Gertrud Ochsner

Menschenrechte und Schuldenstreichungen

Zur Notwendigkeit internationaler Regulierungen

13. November 1998, 9–17 Uhr in Bern, Kirchliches Zentrum Bürenpark, Bürenstr. 8 (Tram 9 bis Sulgenau)

15 Jahre Schuldenmanagement hat den Ländern im Süden kaum Erleichterungen gebracht. Die Schulden stellen für sie Zwänge dar, welche ihre Perspektiven ins 21. Jahrhundert erheblich belasten. Es ist deshalb dringend notwendig, die Frage der Schuldenstreichung vor dem Hintergrund der grundlegenden Menschenrechte neu zu stellen. Im Rahmen internationaler Kampagnen wie auch im Umfeld der UNO werden derzeit verschiedene Konzepte und Problemfelder diskutiert, die hierzu wichtige Anstösse liefern:

- Insolvenzrecht für Staaten
- Internationale «Odious Debt»-Doktrin
- Streichung der Schulden von Post-Conflict-Ländern.

Es referieren: *Rudolf Strahm*, Nationalrat und Gründungsmitglied der AFP; *Carole Collins*, Jubilee 2000 USA; *Christine Eberlein*, Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas; *Gottfried Wellmer*, Forschung für Solidaritätsgruppen zu Südlichem Afrika, Bonn; sowie *Mascha Madörin*, Aktion Finanzplatz Schweiz. Interventionen zu den drei Konzepten aus völkerrechtlicher Sicht von *Erika Schläppi*.

Infos und Anmeldung (wenn möglich bis zum 5.11.) bei: Aktion Finanzplatz Schweiz, Drahtzugstrasse 28, 4057 Basel, Tel. 061 693 17 00, Fax. 061 693 22 32, e-mail: afp@datacomm.ch.